

Schweizer Freiheit und Recht

Roy Erismann – Postlagernd – Poststelle 25 Urania – 8025 Zürich
Bundesratskandidat - Ständeratskandidat 2019 – Parteilos

September 2019 • Ausgabe Nr. 13 • SFR im Internet: re1.ch
Gratisblatt an die Schweizer Bevölkerung • Auflage 10 Exemplare
Konto für unterstützende Spendenbeiträge PC 31-222039-0

Verfassungshochverrat im Bundeshaus

Zäsur und grösster Eklat seit 1848

Aufforderung an alle stimmberechtigten zur Abwahl der bisherigen Mitglieder des Nationalrates und Ständerates in den Erneuerungswahlen am 20.10.2019

Die Bundesversammlung übt, unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen, die oberste Gewalt im Bund aus (BV Art. 148 Abs. 1). Die Blockade zur Beendigung des Verfassungshochverrates der Bundesversammlung kann nur noch durch das Volk direkt erfolgen. Volk und Stände können den Verfassungshochverrat nicht abwählen - aber im Sinne des Vorbehaltes in der Bundesverfassung die 246 Parlamentarier, welche als oberste Gewalt im Lande die politische Verantwortung tragen. Ersetzt das Volk in den Ersatzwahlen am 20. Oktober 2019 die amtierenden Parlamentarier beider Räte ist dies der Anfang vom Ende des Verfassungshochverrates. Erst der öffentliche Eklat und die Abwahl der heute amtierenden Ratsmitglieder ermöglichen die Zäsur und eben den Weg für die Umsetzung einer «Neuen Sicherheitsarchitektur Schweiz».

Anstifter, Täter und Opfer

Verfassungshochverrat begründet sich in der Handlung der *Bundesversammlung und des Bundesrates* die darauf gerichtet sind, die verfassungsmässigen Staatsbehörden ausserstande zu setzen, ihre Gewalt auszuüben. Der Bundesrat budgetierte seit Jahrzehnten

*Tatmittel welche für Straftaten gegen die Schweizer Bevölkerung eingesetzt werden - die beiden Räte genehmigten die Tatmittel. Die vom Bundesrat und der Bundesversammlung beschafften Tatmittel wurden von den Tatmittelbeschaffern der *Offizialmaxime* entzogen.*

Ausnahmegerichte sind untersagt (BV Art. 30 Abs. 1).

Die *Strafbehörden* auf Stufe Bund und allen Kantone werden ausserstande gesetzt der Verpflichtung nachzukommen, Strafverfolgungen durchzuführen, wenn *Tatmittel* der Tatmittelbeschaffer Bundesrat und Bundesversammlung in die strafbaren Handlungen involviert sind. Dies begründet den Tatbestand des Verfassungshochverrates. Die Tatmittel sind «Elektromagnetische Waffen», «Verbotene Pharmaka» und «Mind Control Systemtech-

Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten (BV Art. 10 Abs. 3).

nik». Die Finanzierung der Tatmittel beinhaltet die Finanzierung der technischen und psychologischen Ausbildung der Täterschaften zur Durchführung der strafbaren Handlungen an den wehrlosen Opfern.

Die *Anstifter* zu den Delikten sind die *Tatmittelbeschaffer*: Bundesrat, Nationalrat und Ständerat. Es sind die demokratisch gewählten Amtsträger im Bun-

deshaus: Legislativ- und Exekutivmitglieder.

Der Bundesrat entscheidet als Kollegialbehörde (BV Art. 177 Abs. 1).

Der Bundesrat genehmigt *gemeinsam* das Budget mit den Tatmitteln, verantwortet die damit verbundene staatliche Doktrin als Kollegium *gemeinsam* und verfügt *gemeinsam*, welche Instanzen die Tatmittel erhalten. Strukturell sind dies dem Bundesrat unterstellten Instanzen wie Armee und Nachrichtendienste. Die Bundesratssitzungen mit den Beschlussfassungen werden *protokolliert*.

Verfassungsmässig handeln der Nationalrat und der Ständerat als *oberste Gewalt* im Lande - vorbehaltlich Volk und Ständen. Die Bundesversammlung genehmigt das Budget des Bundesrates und die zugehörige Doktrin. Strukturell wird das Budget in den zuständigen Kommissionen *besprochen* und die Empfehlungen in den Fraktionen der Legislative diskutiert. Seit Einführung

Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen (BV Art. 161 Abs. 1).

der elektronischen Abstimmung ist das Stimmverhalten der Parlamentsmitglieder öffentlich.

Die ausführenden *Täterschaften* der Delikte sind Besitzer der von den Anstiftern im Bundeshaus beschafften Tatmittel welche die Delikte im Wissen

begehen, das in der Schweiz zu Straftaten mit den geschützten Tatmitteln aus dem Bundeshaus keine Strafverfolgungen geführt werden. In wie weit das *Wollen* der Täterschaften die Delikte auszuführen selbstbestimmt ist oder auf Anweisung der Anstifter im Bundeshaus erfolgt kann erst geklärt werden *nachdem* die *Offizialmaxime* für die Strafbehörden bei den vorliegenden Kategorien von Straftaten *eingehalten* werden muss. Die Strafbehörden umfassen im Wesentlichen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Die *Opfer* der Tatmittel sind Personen der wehrlosen Schweizer Zivilbevölkerung. Die Anstifter im Bundeshaus halten die Zivilbevölkerung *wehrlos* indem mit der *Tatmittelbeschaffung* die *staatliche* Doktrin der Ausschaltung der *Offizialmaxime* verbunden wurde. Die Doktrin der Anstifter basiert darauf das die Opfer die an ihnen ausgeführten strafbaren Handlungen niemals nachweisen können sollen.

Die Strafbehörden weisen jede Form von *Beweisermittlungsanträgen* konsequent ab was es Opfern verunmöglicht, Straftatbestände mit einem ausreichenden Anfangsverdacht zu beweisen womit die Eröffnung von Strafuntersuchungen verhindert wird. Die *willentliche* staatliche Doktrin der Anstifter im Bundeshaus macht die Opfer *wehrlos*.

Die Anstifter im Bundeshauses haben ihre Doktrin der strikten *Geheimhaltung* unterstellt. Durch die *Wirkungsweise* der Tatmittel werden Opfer in einen *krankheitsähnlichen Zustand* versetzt welches der Täterschaft erlaubt, *Dauerdelikte* von Körperverletzungen

Wie viele der durch die Tatmittel in den Selbstmord getriebenen Opfer besuchten vorher einen Arzt und erhielten Diagnosen wie «Phantomschmerz» oder «psychische Krankheit»?

zu verleugnen und als Krankheit zu behandeln. Es ist davon auszugehen das Tausende Opfer in Ausweglosigkeit der absoluten *Wehrlosigkeit* jahrelanger Dauerdelikte *Selbstmord* begangen haben. Die von den Anstiftern im Bundeshaus beschafften Tatmittel werden in den kommenden Jahrzehnten weitere Tausende von Selbstmordopfern erzeugen - sofern die Stimmberechtigten durch Abwahl der amtierenden Legislative im Bundeshaus dem Verfassungshochverrat kein Ende bereiten.

Die Selbstmorde werden von den Täterschaften in Kauf genommen um ein Klima der Angst zu erzeugen damit die Straftaten von Zeugen aus Angst verleugnet werden. Die Anstifter im Bundeshaus tragen *Verantwortung* für Tausende Selbstmorde welche die Doktrin und die im Bundeshaus beschafften Tatmittel in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz verursachten.

Verantwortlichkeit

Die *Weisungsbefugten* im Bundeshaus haben im Geheimen, unter striktem Ausschluss von Volk und Ständen zur Doktrin und den geheimen Erlassen des Bundeshauses, jede demokratische Einflussnahme unterbunden. Das *Volk* wurde vom demokratischen Entscheidungsfindungsprozess des Bundeshauses vollständig *ausgeschlossen*. Dem Volk wurde die Doktrin aufgezwungen. Dasselbe gilt für die *Empfänger* der von den Anstiftern finanzierten Tatmittel. Angehörige von Armee und Nachrichtendienst haben *keine Wahlmöglichkeit*. Die Tatmittel werden den Besitzern durch die Doktrin der Anstifter im

Die Geheimhaltung von Straftaten ist ein Charakteristikum von Diktaturen.

Bundeshaus unter Geheimhaltungspflicht *aufgezwungen*. Eigentümer der Tatmittel ist der Staat. Durch die *Ausschaltung der Offizialmaxime* trifft die Anstifter im Bundeshaus die grösste Verantwortung zu *sämtlichen* Straftaten, welche mit den vom Bundeshaus beschafften Tatmitteln begangen wurden. *Strafrechtlich* gelten die Tatmittelbeschaffer mit der erlassenen Doktrin als *Anstifter* welche *sämtliche* Delikte zu verantworten haben, welche von *einzelnen* Tatmittelbesitzern ohne Strafverfolgung begangen werden konnten.

Die riesige Stückzahl der vom Bundeshaus beschafften Tatmittel ist über die ganze Schweiz verteilt. Durch den

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Bundesanwalt oder die Bundesanwältin und die stellvertretenden Bundesanwälte oder Bundesanwältinnen (StBOG Art. 20 Abs. 1).

Schaden aller Delikte der vergangenen Jahrzehnte wiegt der Verfassungshochverrat im Bundeshaus so

schwer das eine Beendigung des Missstandes ohne die Sanktionierung der politisch Verantwortlichen im Bundeshaus ausgeschlossen ist. Den Stimmberechtigten der Erneuerungswahlen am 20. Oktober 2019 ist ihre Verantwortung in aller Eindringlichkeit in das Bewusstsein zu rufen.

Auswirkungen

Der *Einsatz* der von den Anstiftern beschafften Tatmittel an Personen der Zivilbevölkerung sind nichts anderes als verfassungs- und gesetzwidrige *Zwangsmassnahmen* im Sinne des zweiten Buches des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Erster Titel: «Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben».

Mit gerichtlich *bewilligten* Zwangsmassnahmen können die gesetzlich geschützten Persönlichkeitsrechte von Einzelpersonen durch die Strafbehörden eingeschränkt werden, soweit dies für die Aufklärung von Kriminalität erforderlich ist. Erlaubte Zwangsmassnahmen werden in der Schweizerischen Strafprozessordnung, StPO, statuiert und sind klar definiert. Im Sinne der StPO angeordnete Zwangsmassnahmen sind zum Schutz der Zivilgesellschaft *erwünscht* und dienen der Aufklärung von Straftaten. Zwangsmassnahmen erfordern als Vorausset-

Zwangsmassnahmen sind Verfahrenshandlungen der Strafbehörden, die in Grundrechte der Betroffenen eingreifen (...) (StPO Art. 196).

zung einen *hinreichenden Tatverdacht*, was Willkür verhindert.

Verfassungs- und gesetzwidrige *Zwangsmassnahmen* durch die von den Anstiftern im Bundeshaus beschafften Tatmittel wurden und werden zum *Zweck der Fortsetzung der Politik mit kriminellen Mitteln* beschafft und eingesetzt. Die Anstifter im Bundeshaus verfolgen mit den von ihnen beschafften Tatmitteln den *Zweck* Zivilpersonen, unter Gewaltanwendung gegen Leib und Leben, zu zermürben und zu zersetzen um diese damit zu einem tun, unterlassen oder dulden zu nötigen. Verbotene Zwangsmassnahmen werden zur Assimilation von Zivilpersonen in *nachrichtendienstlich strukturierte Zwangssysteme* eingesetzt. Erfolgt die Integration nicht freiwillig, werden verbotene Zwangsmassnahmen angewendet. Die Tatmittelbeschaffer im

Bundeshaus betreiben eine *Fortsetzung der Politik mit kriminellen Mitteln*.

Die *Folgen* der Doktrin des Bundeshauses, die beschafften Tatmittel der Offizialmaxime zu entziehen, begrenzt sich nicht auf die staatliche Fortsetzung der Politik mit kriminellen Mitteln. Das *staatliche Gebot des Schweigens* zur Geheimhaltung der Tatmittel und aller strafbaren Handlungen ist eine *Triebfeder* für Delikte von Privatpersonen oder juristischen Personen. Die Tatmittel werden schlicht und einfach von cleveren Kriminellen für Delikte *zum eigenen Vorteil* eingesetzt. Das Dogma der Doktrin zu den Tatmitteln, dass über Delikte der Tatmittel Schweigen zu bewahren ist, öffnet hierzu Tür und Tor. Tatmittelbesitzer nutzen die durch die Straffreiheit der Tatmittel in der Zivilbevölkerung bestehende *Angst* um Delikte wie *Privatbestechung* (StGB Art. 322^{octies} und Art. 322^{novies}), vor Aufklärung zu schützen. Zeugen haben Angst das mit den von den Anstiftern im Bundeshaus beschafften Tatmitteln an ihnen *willkürliche Vergeltung* ausgeübt wird. 2015 wurden die Straftatbestände der Privatbestechung eingeführt. Die bis heute ausgebliebenen *Verurteilungen* sind kein Zeugnis für Schweizer Unbestechlichkeit, sondern Folge der Angst von Zeugen vor Vergeltung der Täterschaften durch staatlich geschützten Tatmittel.

Der Staat, welcher die Offizialmaxime zu den vom Bundeshaus beschafften Tatmitteln verweigert, wird *erpressbar*. Verlangt der Staat von *Mitwissern* das strafbare Handlungen, welche mit den von den Anstiftern im Bundeshaus beschafften Tatmitteln durchgeführt wurden, vertuscht, verschwiegen und verleugnet werden, was kann der Staat unternehmen gegen *Mitwisser* welche die Tatmittel aus dem Bundeshaus für ihre «private» Kriminalität eingesetzt

Die Angst vor Vergeltung durch Gewaltdelikte gegen Leib und Leben generiert das Schweigen.

haben? Zeugen von Delikten aus der Privatwirtschaft können sich gegen Einschüchterung oder Vergeltung weder präventiv schützen, noch erfolgte Vergeltung durch vom Bundeshaus beschaffte Tatmittel zur Strafverfolgung bringen. Vergeltung wird *kein* Dauerdelikt sein, sondern eine kurzzeitige Einwirkung mit nachhaltigem körperlichen Schaden für die Geschädigten. Im

Bewusstsein der Wehrlosigkeit und der geringen Aufklärungswahrscheinlichkeit schweigen Zeugen von Delikten wie Bestechung und vielen mehr. Der volkswirtschaftliche Schaden, welcher hierdurch entsteht, ist unermesslich.

Ebenso ist die *Erpressbarkeit* der Tatmittelbeschaffer im Bundeshaus anzuführen. Erpresser welche wissen, welche enorme *politische Verantwortung* die Anstifter im Bundeshaus tragen können dies zur Erwirkung irgendeiner Form von Vorteilsnahme nutzen. Ein solcher Zustand ist *keinesfalls* im

Ein Staatswesen, welches Verfassungen und Gesetze bricht, ist erpressbar.

Interesse des Volkes. Es führt *kein* Weg daran vorbei die Öffentlichkeit über die Verfehlungen des Verfassungshochverrates aufzuklären um den Missstand abzustellen zu können und das Land und das Volk vor weiterem Schaden zu bewahren.

Wahlen am 20. Oktober 2019

Der Verfassungshochverrat ist *keine* parteipolitische Problematik. Die Mitglieder der *Fraktionen* im Bundeshaus *aller Parteien* tragen mit dem Bundesrat gemeinsam die politische Verantwortung für den Verfassungshochverrat. Es ist allen in das Bundeshaus gewählten Amtsträgern als *Einzelpersonen* politische Verantwortung zuzuweisen. Eine parteipolitische *Profilierung* in der Zuweisung der Verantwortung ist unangebracht und als kontraproduktiv zu verhindern. Die *parteipolitische Zusammensetzung* in den beiden Räten sowie im Bundesrat hat sich über die vergangenen Jahrzehnte verändert, während der Verfassungshochverrat in *unverrückbarer Konstanz* weitergeführt wurde - und weitergeführt wird.

Die Mitglieder der Bundesversammlung wurden auf die Missstände seit 2015 aufmerksam gemacht, sowie im Speziellen vor den Bundesratswahlen vom 5.12.2018. Der Bundesrat bereits Anfang 2014. Den Mitgliedern der Bundesversammlung war die Gelegenheit gegeben, den Verfassungshochverrat in der Legislatur 2015-2019 zu beenden. Die erlangte Erkenntnis ist das sowohl dem Bundesrat wie auch der Bundesversammlung der Wille fehlt, den Verfassungshochverrat aus *eigenem Antrieb* zu beenden. Die starke persön-

liche Betroffenheit der Tatmittelbeschaffer erstickt jeden Lösungsansatz im Keime. Dem Nationalstaat Schweiz fügt der Verfassungshochverrat Schaden zu während die wehrlose Zivilbevölkerung gezwungen wird, die Kriminalität, als Folge des Verfassungshochverrates, weiter zu dulden.

Die Stimmberechtigten in allen Kantonen der Schweiz werden demokratisch aufgerufen, die durch Verfassungshochverrat belasteten, amtierenden Amtsträger der beiden Räte vollständig abzuwählen und die beiden Räte am 20. Oktober 2019 durch *unbelastete* Kandidierende zu ersetzen. Es ist ein rechtstaatlicher *Ordnungsantrag* an das Volk *ohne* jede parteipolitische Einflussnahme. Welcher *Partei* oder *Liste* die Stimmberechtigten an den Erneuerungswahlen für den Nationalrat und den Ständerat am 20.10.2019 ihre Stimme geben ist für die Abschaffung des Verfassungshochverrates ohne Relevanz. Die parteipolitische Zusammensetzung im Bundeshaus ist *nicht* das Problem. Die *Befangenheit* der heute im Bundeshaus amtierenden Legislativmitglieder ist mit der Abwahl zu beenden.

Wer sich entscheidet, unbelastete Kandidaten in die beiden Räte zu wählen streicht auf der von ihm zur Wahl ausgewählten Liste die *bisherigen* Kandidierenden und ersetzt diese durch die Auflistung von *neu* Kandidierenden aus derselben Liste (kumulieren), oder durch die Auflistung von *neu* Kandidierenden aus einer anderen Liste (panaschieren).

Leider sind bisherige, sich wieder zur Wahl stellende Kandidaten auf den Wahllisten nicht als *bisherige* Nationalratsmitglieder gekennzeichnet. Es ist jedoch Usance das die 2015 gewählten Mitglieder des Nationalrates - die *bisherigen* - zuoberst auf den Listen aufgeführt werden.

Für die zwei Sitze des Ständerates pro Kanton gibt es keine Wahllisten, der Name der zwei Kandidaten ist von den Stimmberechtigten von Hand auf den Wahlzettel zu schreiben. *Unbelastete* Kandidaten sind Kandidierende welche *bisher* kein Mitglied in einem der beiden Räten waren, oder sind.

Gesetzeskonforme Zukunft

2017 waren in der Schweizer Wohnbevölkerung von 100% Schweizer Staatsangehörigen 18.1% Doppelbürger (2016: 16.6%, 2015 15.3% - Quelle:

BFS). Die stimmberechtigten Auslandsschweizer mit Doppelbürgerschaft sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Hochgerechnet werden in der Schweizer Wohnbevölkerung in 21 Jahren von 100% Schweizer Staatsangehörigen 50% Doppelbürger sein. Wird mit dem Initiativrecht den Stimmberechtigten in 20 Jahren eine Volksinitiative zum Vollbeitritt in die EU unterbreitet kann davon ausgegangen werden, dass der Vollbeitritt zur EU vollzogen wird: Die Mehrheit der Doppelbürger wird eine zweite Staatsbürgerschaft innerhalb der EU besitzen, eine Vorlage zu einem Vollbeitritt in die EU ist mehrheitsfähig. In weiteren 10-20 Jahren wird der Bevölkerungsanteil mit Doppelbürgerschaften so gross sein das *nationalstaatliches Denken* an den Volksabstimmungen nicht mehr mehrheitsfähig ist.

Mit den Tatmitteln, welche im Bundeshaus in den vergangenen Jahrzehnten zur «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» im Geheimen beschafft wurden und heute verbrecherisch gegen die wehrlose Zivilbevölkerung eingesetzt werden wird sich der Nationalstaat Schweiz nicht retten lassen! Alt-Bundesrat Samuel Schmid erklärte als Vorsteher des VBS in SFR: «Ohne die Armee ist der Zusammenhalt in der

Schweiz nicht gegeben». Gemeint war wohl nicht die Armee, sondern die im Bundeshaus im Geheimen für Straftaten beschafften Tatmittel.

Die grossen Tageszeitungen praktizieren *Selbstzensur* und verweigern seit Jahren jede Publikation zur Thematik. Die Publikation des vorliegenden Textes wurde von einer Chefredaktion abgelehnt, eine andere Redaktion antwortet nicht. Die Anfrage zur Publikation *gegen Entgelt* als ganzseitiges Inserat in neun Tageszeitungen wurde von einem Verlagshaus ebenso abgelehnt. Im Zusammenhang mit der Zensur wurde am 2.9.2019 eine Strafanzeige eingereicht, es besteht Rechtshängigkeit.

Die Neue Zürcher Zeitung publiziert am 6.9.2019 auf der Frontseite ein im Zweiten Weltkrieg von den Schweizer Zensoren abgestempeltes, grosses Bild mit dem Text: «Veröffentlichung verboten - Publication interdite». Zeitlicher Zufall?

Mit der Beibehaltung des heutigen Status quo der vereitelten Strafuntersuchungen zu Straftaten, in welche vom Bundehaus beschafften Tatmittel

involviert sind, wird die Erosion des Rechtsstaates Schweiz mit weiteren Tausenden von Selbstmordtoden in den kommenden Jahrzehnten fortgesetzt. Die Beibehaltung der verbrecherischen *Doktrin* des Bundeshauses ist mit der Zerstörung des Nationalstaates Schweiz verbunden. Die politische Fehlleistung *muss* korrigiert werden, um schweren Schaden von der Schweiz abzuwenden. Bundesrat und Bundesversammlung erhielten volle Kenntnis den Handlungsbedarf zu erkennen. Das Schweigen der Verantwortlichen, welche das Problem aussitzen um Privilegien nicht zu verlieren, gibt die Legitimation zu handeln.

Die Schweizer Stimmberechtigten sind das unabdingbare Korrektiv. Sie erhalten meine eindringliche Empfehlung am 20.10.2019 die amtierenden Mitglieder der beiden Räte vollständig abzuwählen und durch erstmals für einen Sitz in den beiden Räten kandidierende Kandidaten zu ersetzen.

ROY ERISMANN ist Bundesratskandidat an den Erneuerungswahlen des Bundesrates vom 11.12.2019.

Strategische Zielsetzung ist die Umsetzung einer «Neuen Sicherheitsarchitektur Schweiz» als Mitglied eines neuen Bundesratskollegiums.

Verfassungshochverrat

Der Bundesrat budgetiert Tatmittel für Delikte gegen Leib und Leben, das Parlament genehmigt die Tatmittel, die Milizarmee erhält die Tatmittel - und Aufträge.

Die Tatmittel sind «Elektromagnetische Waffen», «Verbotene Pharmaka» und «Mind Control Systemtechnik». Die tausendfachen, nicht tödlichen Delikte gegen Leib und Leben verbleiben in der Schweiz ohne Strafverfolgung. Den Anstiftern - Bundesrat, Nationalrat und Ständerat - ist Verfassungshochverrat im Sinne von StGB Art. 265 vorzuwerfen. Die Tatmittel dienen den Anstiftern zur Fortsetzung der Politik mit kriminellen Mitteln. Tatmittelbesitzer begehen straffrei Delikte gegen Leib und Leben auch aus eigenem Antrieb. Leidtragende dieses mittlerweile kriminellen Chaos in der Schweiz ist die wehrlose Zivilbevölkerung. Straftäter können strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. Alle Schweizer Medienredaktionen schwiegen bisher über den Verfassungshochverrat.

Am 20. Oktober 2019 sind Erneuerungswahlen für 246 Parlamentssitze. Den Anstiftern des strafrechtlichen Chaos ist - vorerst - politische Verantwortung zuzuweisen um die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates wiederherzustellen.

Die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger in allen Kantonen haben im Oktober die Wahl, die befangenen Verantwortlichen vollständig abzuwählen und die beiden Räte im Bundehaus, durch Ersatzwahl unbelasteter Nationalrats- und Ständeratskandidaten, zu ersetzen.